

Finanzamt Witten
 Veranlagungsbezirk 008
 IdNr. Ehemann 74 182 360 929
 IdNr. Ehefrau 95 182 604 729
 Steuernummer 348/5122/2148
 (Bitte bei Rückfragen und Zahlungen angeben)

58452 Witten
 Ruhrstr. 43

14.02.2023

Telefon 02302/921-145122
 Telefax 0800 10092675348

FA, PF 1420, 58404 Witten

18 2FC9 7192 17 7004 802A
 DV 02.23 0,85 Deutsche Post



*8567*0018434*14*5348*

Bescheid

für 2019 über

Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag,

Kirchensteuer

und Verspätungszuschlag

Herrn und Frau
 Michael und Romina Lyhs
 Kleinhirbeder Str. 9A
 58455 Witten

Festsetzung

Art der Festsetzung

Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.
 Er ergeht nach § 164 Abs. 1 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

Festsetzung

	Einkommensteuer €	Zinsen zur Einkommensteuer €	evangelische Kirchensteuer Ehefrau €
Festgesetzt werden	8.828,00	103,00	396,00
Abzug vom Lohn der Ehefrau	0,00		0,00
verbleibende Beträge	8.828,00		396,00
Abrechnung in € nach dem Stand vom 07.02.23 abzurechnen sind	8.828,00	103,00	396,00
bereits gezahlt	4.500,00	0,00	0,00
demnach zu wenig gezahlt	4.328,00	103,00	396,00
Bitte zahlen Sie spätestens bis zum 17.03.23	4.328,00	103,00	396,00

	Solidaritäts- zuschlag €	Verspätungs- zuschlag €	Insgesamt €
Festgesetzt werden	354,20	450,00	
Abzug vom Lohn der Ehefrau			
verbleibende Beträge	354,20	450,00	10.028,20
Abrechnung in € nach dem Stand vom 07.02.23 abzurechnen sind	354,20	450,00	10.131,20
bereits gezahlt	246,00	0,00	4.746,00
demnach zu wenig gezahlt	108,20	450,00	5.385,20
Bitte zahlen Sie spätestens bis zum 17.03.23	108,20	450,00	5.385,20

***** Fortsetzung siehe Seite 2 *****

Konto der Finanzkasse:

Kreditinstitut:
 BBk eh Bochum
 IBAN DE20 4300 0000 0043 0015 05 BIC MARKDEF1430

Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im
 Internet unter www.finanzenverwaltung.nrw.de

>>> WinGF <<< *211.226*

051897

Besteuerungsgrundlagen

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	Ehemann €	Ehefrau €	Insgesamt €
Einkünfte aus Gewerbebetrieb			
laut gesonderter Feststellung	85.000		
Einkünfte	85.000		
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit			
Bruttoarbeitslohn		0	
Einkünfte		0	
Summe der Einkünfte	85.000	0	85.000
Gesamtbetrag der Einkünfte	85.000	0	85.000

Sonderausgaben

ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben

Beiträge zur Krankenversicherung			
- Ehemann	4.626		
- für das am 27.04.2018 geborene Kind	1.576		
Summe Krankenversicherungsbeiträge	6.202	6.202	
Beiträge zur Pflegeversicherung			
- Ehemann	382		
Summe Pflegeversicherungsbeiträge	382	382	
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG		6.584	
ab Beitragsrückerstattung		-599	
verbleiben		5.985	
Summe der beschränkt abziehbaren Sonderausgaben		5.985	-5.985
ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben			
Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben		0	
mindestens jedoch Sonderausgaben-Pauschbetrag			-72

Einkommen			78.943
ab			
Freibeträge für das am 27.04.2018 geborene Kind			-7.620
zu versteuerndes Einkommen			71.323

Berechnung der Einkommensteuer

zu versteuern mit Progressionsvorbehalt nach § 32b EStG			
nach dem Splittingtarif	71.323	20,3094 %	14.485
tarifliche Einkommensteuer			14.485
ab			
Ermäßigung für Einkünfte aus Gewerbebetrieb			-8.045
verbleiben			6.440
dazu			
Kindergeld oder vergleichbare Leistungen			2.388
festzusetzende Einkommensteuer			8.828

Berechnung der Zinsen

Festgesetzte Einkommensteuer, vermindert um anzurechnende			
Steuerabzugsbeträge und Körperschaftsteuer			8.828,00
Festgesetzte Vorauszahlungen			4.500,00

Unterschiedsbetrag zu Ihren Ungunsten			4.328,00
---------------------------------------	--	--	----------

Zu verzinsen			
4.300,00 € vom 01.10.21 bis 17.02.23		103,20	
(480 Zinstage zu 1,800 % p.A. - § 238 Abs. 1a AO)			
Festzusetzende Zinsen (Nachzahlungszinsen)			103,00

Berechnung der Kirchensteuer

zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung			
von Freibeträgen für 1 Kind(er) i.H.v. 7.620 €		71.323	
darauf entfallende Einkommensteuer, die sich unter			
Berücksichtigung der Steuerermäßigungen ergibt			14.485
(jedoch ohne Anwendung des § 35 EStG)			
Bemessungsgrundlage			14.485
auf die kirchenangehörige Ehefrau entfallen			0
davon 9 v.H. evangelische Kirchensteuer			0,00
mindestens festzusetzendes evangelisches Kirchgeld			396,00

***** Fortsetzung siehe Seite 3 *****

Bescheid für 2019 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer
und Verspätungszuschlag vom 14.02.2023

Übertrag:

mindestens festzusetzendes evangelisches Kirchgeld 396,00

Berechnung des Solidaritätszuschlags

	€
zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung von Freibeträgen für 1 Kind(er) i.H.v. 7.620 €	71.323
darauf entfallende Einkommensteuer, die sich unter Berücksichtigung der Steuerermäßigungen ergibt	6.440
Bemessungsgrundlage	6.440
davon 5,5 v.H. Solidaritätszuschlag	354,20
festzusetzender Solidaritätszuschlag	354,20

Steuerbelastung

Ihre Einkommensteuerbelastung (14.485,00 €) bezogen auf das
zu versteuernde Einkommen (71.323 €) beträgt 20,31 %.

Dabei wurde bereits vorher für die Berechnung Ihres zu versteuernden Einkommens der
Gesamtbetrag der Einkünfte (85.000 €) um abziehbare Aufwendungen
(z. B. Vorsorgeaufwendungen u. a.) in Höhe von insgesamt 13.677 € gemindert.

Erläuterungen

Das Finanzamt hat die Besteuerungsgrundlagen gemäß § 162 AO geschätzt, weil Sie bisher keine
Steuererklärung abgegeben haben. Trotz der Schätzung kann eine Steuerstraftat / Steuerordnungs-
widrigkeit vorliegen. Reichen Sie bitte Ihre Steuererklärung unverzüglich nach, denn die Schätzung
befreit Sie nicht von Ihrer Erklärungspflicht.

Bitte überprüfen Sie bei der Erstellung dieser Steuererklärung, ob sich auch für andere Zeiträume
eine Steuerpflicht ergibt oder bereits abgegebene Steuerklärungen zu berichtigen sind. Sollte
dies der Fall oder nach Ihrer Einschätzung möglich sein, erstellen Sie bitte auch für diese
Zeiträume (ggf. berichtigte) Steuerklärungen. Zur Vermeidung von Nachteilen geben Sie bitte
unbedingt alle Steuererklärungen für die entsprechenden Zeiträume gleichzeitig ab.

Eine strafbefreiende Selbstanzeige ist nur unter den Voraussetzungen des § 371 AO möglich. Bei
Zweifelsfragen sollte ein Angehöriger der rechts- oder steuerberatenden Berufe hinzugezogen
werden.

Der Verspätungszuschlag wurde wegen Nichtabgabe/verspäteter Abgabe der Steuererklärung/ Steueran-
meldung festgesetzt.

Die Zinsen werden gem. § 233 a Abgabenordnung festgesetzt. Der zu verzinsende Betrag wurde auf den
nächsten durch 50,- € teilbaren Betrag abgerundet (§ 238 Abgabenordnung).

Falls Sie gegen diesen Steuerbescheid Einspruch einlegen oder eine Änderung beantragen möchten,
bewahren Sie Ihre Belege zu diesem Steuerbescheid bitte bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs- oder
Änderungsverfahrens auf. Steht diese Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung,
sollten Sie die Belege bis zur Aufhebung bzw. bis zum Entfallen des Vorbehaltes der Nachprüfung
aufbewahren. Belege, die für mehrere Jahre Bedeutung haben (z. B. ärztliche Atteste), sollten Sie
entsprechend länger aufbewahren. Davon unabhängig beachten Sie bitte die gesetzlichen
Aufbewahrungspflichten. (Rechtsgrundlagen - gesetzliche Aufbewahrungspflichten, z. B.
§§ 147, 147a Abgabenordnung, § 14b Umsatzsteuergesetz, § 50 Einkommensteuer-
Durchführungsverordnung)

Für das am 27.04.2018 geborene Kind wurden das Kindergeld oder vergleichbare Leistungen mit
2.388 € (gesetzlicher Anspruch auf Kindergeld) angesetzt.

Für 1 Kind(er) wurde ein Freibetrag für Kinder gem. § 32 Abs. 6 EStG berücksichtigt. Das entspre-
chende Kindergeld / der Anspruch auf Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen wurden - auch soweit
lediglich ein zivilrechtlicher Ausgleichsanspruch bei der Bemessung der Unterhaltsverpflichtung
nach § 1612b BGB besteht - insoweit bei der Ermittlung der festzusetzenden Einkommensteuer hinzu-
gerechnet (§ 31 EStG). Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag und
ggf. die Kirchensteuer sowie bei der Überprüfung der Einkommensgrenze für die
Arbeitnehmer-Sparzulage (§ 51a Abs. 2 EStG) wurde dagegen das Kindergeld / der Anspruch auf Kin-
dergeld bzw. vergleichbare Leistungen nicht hinzugerechnet.

Sie (Ehefrau) haben steuerfreie Lohnersatzleistungen (z. B. Krankengeld, Kurzarbeitergeld) in Höhe
von 3.357 € bezogen. Diese habe ich mit 2.357 € in die Berechnung des Steuersatzes einbezogen
(Progressionsvorbehalt).

Für die Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb habe ich das 3,8-fache des
festgesetzten Gewerbesteuer-Messbetrages, jedoch höchstens die tatsächlich zu zahlende Gewerbe-
steuer, berücksichtigt.

Die Kirchensteuer habe ich nur für die Ehefrau festgesetzt.

Fragen zur Festsetzung der evangelischen Kirchensteuer / des evangelischen Kirchgeldes können Sie
unter der Telefonnummer (0800) 3547243 an das Landeskirchenamt richten.

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO im Hinblick auf die
Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung der Norm vorläufig hinsichtlich
- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Satz 1 und 2 EStG

***** Fortsetzung siehe Seite 4 *****

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich
- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995
- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 S. 1 und 2 EStG
vorläufig.

Die Festsetzung der Kirchensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich
- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 S. 1 und 2 EStG
vorläufig.

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08-, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstößend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein **E I N S P R U C H** ist daher insoweit **N I C H T E R F O R D E R L I C H**.

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer, des Solidaritätszuschlags und des Verspätungszuschlags können mit dem Einspruch angefochten werden.

Die Festsetzung der Zinsen kann mit dem Einspruch angefochten werden.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Gegen die Festsetzung der Kirchensteuer und des Kirchgeldes ist der Einspruch gegeben. Der Einspruch ist bei der Gemeinsamen Kirchensteuerstelle beim Landeskirchenamt, Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld, Kirchensteuerstelle@ekvw.de schriftlich einzureichen, elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Festsetzung der Kirchensteuer und des Kirchgeldes kann nicht mit der Begründung angefochten werden, dass die der Berechnung zugrunde gelegte Einkommensteuer unzutreffend sei. Dieser Einwand kann nur gegen die Festsetzung der Einkommensteuer geltend gemacht werden.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat.

Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Zu Ihrer Information:

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über "Mein ELSTER" (www.elster.de) oder jede andere Steuer-Software, die die Möglichkeit des elektronischen Einspruchs anbietet, zu übermitteln.

Auch wenn ein Einspruch eingelegt worden ist, müssen die angeforderten Beträge fristgemäß gezahlt werden, es sei denn, dass die Vollziehung des Bescheides ausgesetzt oder Stundung gewährt worden ist.

Zahlung und Folgen verspäteter Zahlung

Bitte leisten Sie alle Zahlungen unbar auf das angegebene Konto des Finanzamts. Vergessen Sie dabei bitte nicht, als Verwendungszweck die Steuernummer, die Abgabeart und den Zeitraum anzugeben, für die/den Sie die Zahlung entrichten.

Wenn Sie die Steuern nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages zahlen, ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des auf volle 50 € abgerundeten rückständigen Steuerbetrags zu entrichten.

Bei Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto des Finanzamts gilt die Zahlung an dem Tag als wirksam geleistet, an dem der Betrag dem Finanzamt gutgeschrieben wird.

Sie können auch die Teilnahme am Lastschrifteinzugsverfahren erklären. Vordrucke hierfür erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt oder im Internet (Internetadresse siehe erste Seite unten). Fällige zu entrichtende Beträge werden in diesem Fall von Ihrem Girokonto abgebucht.

Bescheid für 2019 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer
und Verspätungszuschlag vom 14.02.2023

weitere Informationen

Öffnungszeiten:

allgemeine Sprechzeiten:
Mo. - Do. 8:30 - 12:00 Uhr
und 13:30 - 15:00 Uhr
Fr. 08:30 - 12:00 Uhr
und 13:30 - 14:30 Uhr

Bürgerbüro
Mo 8:30-12:00;
Di, Do, Fr 7:00 - 12:00
Mo 13:30-17:00

Nahverkehrsanbindung:

Buslinien 320 / 371 / 375 / 376 / 378 /
379 / 592 Haltestelle "Husemannstr."

